Landesregierung in Hannover hat bereits eine Beschwerdestelle

Watermann: Null Toleranz bei Bundespolizei-Übergriff auf Asylbewerber

Dienstag 19. Mai 2015 - **Hannover/ Bad Pyrmont (wbn). Die Vorwürfe gegen Bundespolizisten in Hannover im Zusammenhang mit Übergriffen auf Asylbewerber müssen nach Auffassung des aus Bad Pyrmont stammenden Landtagsabgeordneten Ulrich Watermann rückhaltlos aufgeklärt werden.**

„Wenn sich die ungeheuerlichen Anschuldigungen als wahr herausstellen, muss das entschiedene Konsequenzen haben. Für solche Übergriffe gilt null Toleranz“, sagte dazu der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Fortsetzung von Seite 1

Der Erfolg der Akzeptanz von polizeilicher Arbeit hänge vor allem auch vom Vertrauen ab, das Sicherheits- und Ordnungskräfte in der Bevölkerung genießen. „Solche Vorfälle sind geeignet, dieses Vertrauen zu erschüttern“, macht SPD-Innenexperte Watermann deutlich.

Das Land Niedersachsen hat seit den 1990er Jahren durch die damals geschaffene innere Struktur bei der Polizei eine hohe Qualifikation bei Auswahl sowie Aus- und Weiterbildung von Polizistinnen und Polizisten erreicht. „Führungskräfte sind sensibilisiert für Auffälligkeiten. Niedersachsen hat durch die Reformen der SPD-geführten Landesregierung eine Bürgerpolizei im besten Sinn“, erklärt Watermann.

Mit einer Beschwerdestelle für Bürger und Polizei im Innenministerium habe die heutige Landesregierung mit der Regierungskoalition 2014 eine Anlaufstelle für Bürger und Polizei geschaffen. „Dort gibt es auch die Möglichkeit für Polizeibeamtinnen und -beamte, Vorfälle und Auffälligkeiten im Kollegenkreis zu melden, ohne, dass Vorgesetze oder Kolleginnen und

Kollegen dies erfahren. Das hat sich bewährt“, betont Watermann.

Der Bund müsse nun prüfen, ob bei seiner vor zehn Jahren durch Zusammenlegung von Grenzschutz und Bahnpolizei geschaffenen Bundespolizei die Prävention und Aufklärung durch neue innere Strukturen verbessert werden könne.

SPD und Grüne haben im Innenausschuss eine Unterrichtung beantragt, um über den Sachstand der Ermittlungen bei den Vorwürfen gegen Bundespolizisten in Hannover informiert zu werden.